

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1,30 M., bei Platzvorkauf 2,30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1,70 M.; Reklame-Kolonelle 7,50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale für das hungernde Rußland.

Am 12. und 13. August fand in Berlin eine Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sitz Amsterdam) statt. Sie war besetzt von den gewerkschaftlichen Landeszentralen von Deutschland, Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Jugoslawien und Luxemburg. Entschuldig fehlten Vertretungen von England, Oesterreich, Ungarn und Norwegen, deren Mandate zum Teil dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes übertragen worden waren.

Gegenstand der Beratungen war die außerordentlich gefährdete Lage weiler Kreise der Bevölkerung Rußlands, insbesondere der Arbeiter und Bauern und die Art, in welcher das internationale Proletariat, soweit es gewerkschaftlich organisiert ist, dem russischen Volk zu Hilfe kommen kann. Daß letzteres zu geschehen habe, obgleich die der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Gewerkschaften seit längerer Zeit sich der erbittertesten Feindschaft der Moskauer Internationale und ihrer Freunde in den übrigen Ländern zu „erfreuen“ haben, darüber bestand in der Konferenz überhaupt kein Zweifel.

Folgende **Entscheidung** wurde von der Konferenz angenommen:

Die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sitz Amsterdam), die am 12. und 13. August in Berlin über die Hungersnot in Rußland beraten hat, erklärt ihr tiefstes Mitgefühl mit dem russischen und georgischen Volk, insbesondere mit der notleidenden Arbeiterschaft in beiden Ländern.

Die Konferenz nimmt Kenntnis von den spontanen Solidaritätsaktionen und Aktionen, die die Arbeiterschaft der angeschlossenen Organisationen bereits in die Wege geleitet hat.

Sie beschließt, die schon im Gange befindlichen Sammlungen im Interesse ihrer sofortigen und wirksamen Verwendung zusammenzufassen, zu erweitern und zu zentralisieren, und bestimmt zu diesem Zweck das Folgende:

1. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird beauftragt, sofort einen Aufruf an das internationale Proletariat zu erlassen.

2. Die gewerkschaftlichen Landeszentralen aller Länder haben die Sammlungsbeiträge der ihnen angeschlossenen Verbände und der sonstigen Organisationen, die sich an dem Hilfswerk beteiligen, zu zentralisieren.

3. Die von den Landeszentralen zentralisierten Beträge werden in Gemäßheit der Anweisungen des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Verfügung gestellt.

4. Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund zentralisierten Fonds sollen, soweit möglich, zur sanitären Hilfeleistung und zur Beschaffung von Lebensmitteln verwendet werden.

Eine erste Expedition wird sofort organisiert und unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Rußland entsandt.

Eine Summe von einer Million Mark wird sofort aus den Mitteln des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereitgestellt. Die Landeszentralen werden ferner ersucht, Vorschläge zu diesem Zweck zu gewahren.

Mit dem roten Kreuz wird unter Wahrung der Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Aktion auf technischem und organisatorischem Gebiet Verbindung hergestellt, um die Transportfrage zu lösen.

Die Landeszentralen sind anherdem verpflichtet, auf ihre Regierungen den stärksten Druck auszuüben, um diese zur unverzüglichen Hilfeleistung für das russische Volk zu bewegen.

Zur Bekräftigung dieser Beschlüsse erklärt die Internationale Gewerkschaftskonferenz, daß die unternommene Aktion durch ihre rein menschlichen Ziele und angesichts der weltumfassenden Solidarität über allen politischen Meinungsverschiedenheiten steht. Sie ist ein proletarisches Werk, an dem die Arbeiter jeder Richtung teilnehmen müssen — trotz der Schwierigkeiten und der schweren Lasten, welche auf die Arbeiterschaft aller Länder drücken.

Berlin, 16. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unter der Überschrift: Triumph der Solidarität schreibt die Freiheit: Durch den Beschluß des Berliner Kongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist jetzt der Weg freigelegt für eine gemeinsame und wirkungsvolle Aktion der ganzen Arbeiterklasse der Welt. Alle Hilfsbestrebungen für Rußland müssen sich einordnen in den großen Plan, der von der Amsterdamer Internationale aufgestellt wird. Jede aus parteiaktiven Gründen geborene Eigenliebe muß ein Ende nehmen, um dem großen Ziele zu dienen, der russischen Bevölkerung Hilfe zu bringen. Zu welchem Erfolge die proletarische Einigkeit in dieser Frage führen kann, das zeigt uns als leuchtendes Vorbild die österreichische Arbeiterschaft. Trotz ihrer so außerordentlich bedrängten Lage hat sie in kurzer Frist 8 Millionen Kronen für die Hilfeleistung für Rußland aufgebracht. Der deutschen Arbeiterklasse geht es immerhin etwas besser als dem österreichischen Proletariat; umso mehr müssen wir zeigen, daß wir mit Taten den hungernden Bauern und Arbeitern in Rußland zu Hilfe kommen wollen.

Wenn in diesem Sinne der Beschluß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zur Ausführung gelangt, so wird er zu einem Triumph der proletarischen Solidarität werden, der neben der praktischen Wirkung auch einen tiefen moralischen Einfluß auf die Stimmung des arbeitenden Volkes in Rußland ausüben wird.

Das Zentralkomitee der U.S.P. hat sich in einer Sitzung vom Montag mit dem Beschluß des Internationalen Gewerkschaftsbundes einverstanden erklärt und wird entsprechend handeln.

Rechtssozialistische Kritik an Births Steuerprogramm.

Berlin, 16. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im Vorwärts zieht der Abgeordnete Wilhelm Reil, der Steuerreformkommission der rechtssozialistischen Fraktion, gegen die Steuerentwürfe der Regierung scharf zu Felde. Er schreibt: Darüber sollte sich jedermann klar sein, daß die Lösung des Finanzproblems jetzt gefunden werden muß, wenn wir nicht den Spuren Oesterreichs, Polens und Sowjetrußlands bis ans Ende folgen wollen. Die Vorschläge des Reichskabinetts stellen aber keine Lösung dar. Nicht etwa nur deshalb, weil sie noch keine völlige rechnergemäße Deckung des Bedarfs bringen, sondern auch ihres Grundcharakters halber. Sie vermehren zwar die Steuern in einem nie erlebten Maße, verteuern aber zugleich den gesamten Lebensbedarf des Volkes in ebensoviel höherem Maße, belasten dabei die Lebenshaltung im umgekehrten Verhältnis zur Möglichkeit der Einschränkung, was Lohn- und Gehaltsverhältnissen großen Maßstabes nach sich zieht, belasten das Wirtschaftsleben an der falschen Stelle, verteuern die öffentliche Verwaltung, führen darum, selbst wenn eine augenblickliche Deckung gegeben schiene, zu neuen großen Fehlbeiträgen in Reich, Land und Gemeinde, zur Vermehrung der schwelenden Schulden und zur Steigerung der Notensumme, drücken den Kurve der Mark weiter herab, verteuern dabei die Einfuhrgüter, verschlechtern die Handelsbilanz, erhöhen die Papiermarksumme der Kontributionsverpflichtungen, füllen also das Loch im Reichshaushalt nicht aus, schaffen vielmehr alle Voraussetzungen zu seiner äußersten Erweiterung mit allen den schweren Folgen, die wie bei unsern östlichen Nachbarn öfters beobachtet können.

Die Zahlung der fälligen Reparations-Milliarde.

Berlin, 16. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Volkszeitung berichtet in Uebereinstimmung mit früheren Meldungen, daß die am 31. August fällige Milliarde von der deutschen Regierung pünktlich gezahlt werden würde. Es seien außerordentliche Schwierigkeiten zu überwinden gewesen bei der Beschaffung der fremden Devisen. Trotz dieses Widerstandes ist es aber gelungen, die notwendigen Devisen sicherzustellen.

Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses unbestimmt.

Berlin, 16. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt berichtet, daß die Meinung, wonach der Auswärtige Ausschuss des Reichstages Ende dieser Woche zusammentreten wird, nicht zutreffend sei. Der Zeitpunkt für einen Zusammentritt des Ausschusses oder des Reichstages sei noch nicht festgesetzt.

Berlin, 16. August. Heute wird der Reichsanwalt die Parteiführer der Koalitionsparteien des Reichstages empfangen, um mit ihnen die politische Lage zu erörtern. Er führt damit die Besprechungen fort, die bereits in voriger Woche mit dem Empfang des Reichstagspräsidenten Loeb und des Abgeordneten Hermann Müller-Brandt begannen und gestern mit dem Empfang des Abgeordneten Dr. Stresemann als Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten fortgesetzt worden sind.

Vorübergehende Herabsetzung der deutschen Kohlenlieferungen.

Paris, 15. August. Wie der Temps mitteilt, hat die Reparationskommission die Kohlenlieferungen, wie sie im Abkommen von Spa vorgesehen waren, vorübergehend herabgesetzt. Diese Herabsetzung ist von der Kommission für notwendig erachtet worden, um einem augenblicklichen Produktionsdefizit Deutschlands Rechnung zu tragen. Das theoretische Programm von 2,2 Millionen Tonnen monatlich an die Alliierten zu leistenden Lieferungen bleibt aufrechterhalten. Man sei sich aber darüber einig geworden, daß man von Deutschland mit besonderer Dringlichkeit die Lieferung von 1,6 Millionen Tonnen Kohle verlangen müsse, wovon Frankreich und Luxemburg 1,1 Millionen Tonnen zuständen. Das sei die Grundlage, auf der die Lieferungen gegenwärtig vor sich gingen.

Erkönig Ludwig in München.

München, 14. August.

Heute fand der Regimentstag des früheren bayerischen Leibregiments in München statt. Aus ganz Bayern waren Vertreter der in allen Orten, auch im kleinsten Dorf, bestehenden Vereinigungen des wittelsbacherischen Leibregiments erschienen. Es waren zum Teil die ältesten Veteranen aus dem deutsch-französischen Krieg 1870/71, aber auch eine große Anzahl Teilnehmer des Weltkrieges; an ihrer Spitze die Offiziere in voller Felduniform mit Orden und Ehrenzeichen. Freilich 8 Uhr zogen die Vereinigungen des Leibregiments von der früheren Leibregimentskaserne zum Feierlichen Hofamt in die Michaels-Hofkirche, welche gegenüber dem Haupteingang des Münchner Volkshelmsprädiums liegt. Zu diesem Hofamt erschienen die Mitglieder des ehemaligen bayerischen Königshauses, Erzkönig Ludwig in Generalsuniform, Erztrouprinz Rupprecht, ebenfalls in Galauniform, Prinz Leopold von Bayern, „der Sieger von Warschau“, in ihrem Gefolge verschiedene weibliche Mitglieder des Königshauses und Oberst von Epp, der ehemalige Kommandeur des Leibregiments und späterer Organisator der bayerischen Konterrevolution in Odruss.

Nach Beendigung des Hofamtes verließen die erköninglichen Herrschaften die ehemalige Hofkirche unter dem gleichen Jeronimonie wie unter der Monarchie durch das für diesen Zweck früher bestimmte Seitenportal, wo sich eine ansehnliche Menschenmenge angesammelt hatte, die von berittenen Schutzleuten des Herrn Pöbner in „Ordnung“ gehalten wurde. In dem Augenblick, da der Erzkönig auf sein Auto zuging, brach ein großer Teil der Menge Hochrufe auf ihn aus; einzelne Stimmen riefen: „Es lebe der König!“ Inzwischen blieb der Erztrouprinz Rupprecht ostentativ auf der obersten Stufe der Kirchentreppe stehen und nahm ebenfalls die Ovation entgegen. Es dauerte eine geraume Zeit, bis der König und die übrigen königlichen Herrschaften elagierten waren und davonfuhren.

Nunmehr strömten die Mitglieder der Leibregimentsvereinigungen aus der Kirche, und zwar kompanieweise, wobei jeder Kompanie ein Täfelchen mit der Kompanienummer vorausgetragen wurde. In einer Kompanie befanden sich Schutzleute der Pöbnerschen Polizei in voller Galauniform. Sie zogen, die Mäntel der Reichswehr voran, durch die Straßen der inneren Stadt zum Bürgerbräukeller, wo das Festbankett stattfand. Im wesentlichen waren es häuerliche Vertreter der auswärtigen Regimentsvereinigungen. Ein Teil der anwesenden Menschenmenge war äußerst betroffen von dieser „spontanen“ Kundgebung, behielt den Hut auf dem Kopf und stimmte nicht in die Hochrufe mit ein. Unter der Menschenmenge trieben Sakentanzagenten die läbliche Hecke gegen die Berliner „Judenregierung“, deren Mitglieder man sämtlich an die Wand stellen müsse, damit es besser werde. Der Polizeipräsident Pöbner, der zwei Tage vorher vorsorglichweise die Münchener Morgenpost verboten hatte, war darauf bedacht, daß mit Ausnahme der berittenen Schutzleute, die besonders ausgesucht waren, das Straßenbild weder durch seine eigene Ordnungspolizei, noch durch die Landespolizei gestört wurde.

Den Auftakt zu diesem monarchistisch-reaktionären Aufzug und zu dem Besuche des Erkönigs bildete eine am Samstag erschienene Festnummer des von dem satism bekannten Grafen Bothmer redigierten Königshoten, die eine einzige Verherrlichung der Dreieinigkeits von Wittelsbacher Monarchie, katholischer Kirche und Leibregiment darstellte. Selbst der kaiserliche Einsiedler von Doorn sandte den Leibregimentsvereinigungen aus „seiner Einsamkeit“, wie er sich ausdrückt, einen Erinnerungsgruß. Ludendorff, Hindenburg und Madensen fehlten selbstverständlich nicht bei dem Telegrammregen.

Dieses Auftreten der Regimentsvereinigungen ist nichts anderes als die Fortsetzung der Landes- und Kreisfeste der angeblich aufgelösten Einwohnerwehren und Ortschaftsformationen. Daß diesmal der Erzkönig wagte, in der Hauptstadt des „Freistaates“ Bayern einzuziehen, kennzeichnet den Stand der Dinge. Man hatte dem Erzkönig Ludwig schon lange in den Ohren gelegen, daß die Münchner nur auf seinen Einzug warten, um ihn zum König wieder auszurufen. Er hatte sich diesmal überreden lassen, durch sein persönliches Erscheinen die Stimmung in München zu prüfen und der monarchistischen Agitation in München einen neuen Anstoß zu geben. Viel hätte nicht gefehlt, um der Welt eine bayerische Auflage der Osterfahrt des schönen Karl nach Steinamanger zu bescheren. Offenbar haben aber die Drahtzieher, die nicht nur diesseits der bayerischen Grenze zu suchen sind, eine Lehre aus dem Mißerfolg des habsburgischen Abenteurers gezogen und wollen vorerst noch abwarten, bis die außenpolitischen Fäden fester geknüpft sind.

Parallel mit der bayerischen monarchistischen Agitation läuft eine großartige Pressepropaganda für die wirtschaftliche Lösung Bayerns vom Reiche, die durch Anknüpfung anderweitiger wirtschaftlicher Fäden mit dem Ausland ermöglicht werden soll.